

Ressort: Politik

IW-Studie: Agenda 2010 hat nicht zu stärkerer Einkommensarmut geführt

Köln, 07.03.2013, 02:06 Uhr

GDN - Die Agenda 2010 hat laut einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) angeblich nicht zu höherer Einkommensarmut und mehr unsicheren Arbeitsverhältnissen geführt. "Von dem Rückgang der Arbeitslosigkeit konnten alle gesellschaftlichen Gruppen profitieren", heißt es in einem 30 Seiten starken Papier des Wirtschaftsinstituts, über das die "Welt" in ihrer Donnerstagsausgabe berichtet.

"Working poor ist kein Massenphänomen geworden", schreiben die Forscher. Deutschland habe sich in Europa "vom Problemfall zum Vorbild" gewandelt, so die IW-Forscher. Dazu trage maßgeblich auch die Agenda 2010 bei. "Der Vergleich des New-Economy-Booms 1998 bis 2000 mit dem Aufschwung von 2006 bis 2008 zeigt, dass im Gefolge der Agenda bei gleichem Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit weit stärker zurückging als im vorhergehenden Aufschwung." Zudem sei im Jahr 2000 noch ein Wachstum von 1,9 Prozent erforderlich gewesen, um die Arbeitslosigkeit konstant zu halten. 2011 sei die Schwelle auf 1,4 Prozent gesunken. Von der Erholung auf dem Arbeitsmarkt profitieren laut den Ökonomen alle Gesellschaftsgruppen. So ging die Zahl der Arbeitslosen über 50 Jahre seit 2000 von 1,3 Millionen auf 900.000 zurück. Die Zahl der jobsuchenden unter 25-Jährigen lag 2012 mit 270.000 auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sei in den letzten fünf Jahren um etwa 40 Prozent auf rund eine Million gesunken. Der Vorwurf, die Reformen hätte vor allem prekäre Arbeitsverhältnisse geschaffen, lässt sich aus Sicht der IW-Forscher nicht halten. Seit 2005 seien in Westdeutschland 2,2 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen worden, im Osten konnte der Abbau von Festanstellungen gestoppt werden. Zwar seien viele Teilzeit-Stellen geschaffen worden - laut Umfragen aber oft auf Wunsch der Beschäftigten. Die Zahl der Mini-Jobs verharre seit 2004 auf gleichem Niveau, ebenso wie die Zahl derer, die trotz Arbeit arm sind. Vor diesem Hintergrund warnen die Ökonomen vor einer Abkehr des Reformkurses. "Die Agenda 2010 zurückzudrehen wäre der falsche Weg. Mindestlöhne, die Re-Regulierung flexibler Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit oder neue Frühverrentungspfade werden dazu führen, dass Menschen, die dank der Agenda einen Weg in den Arbeitsmarkt gefunden haben, gefährdet werden."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-9353/iw-studie-agenda-2010-hat-nicht-zu-staerkerer-einkommensarmut-gefuehrt.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com